

**W**ohin steuert unsere Demokratie? Darüber hat Convoco-Gründerin Corinne Flick mit Christine Langenfeld gesprochen. Die Professorin für öffentliches Recht ist seit dem Jahr 2016 Richterin des Zeiten Senats am Bundesverfassungsgericht. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Gespräch:

#### Wie hängen Demokratie und Rechtsstaat zusammen?

Demokratie kann nur gelingen, wenn der Rechtsstaat funktioniert. Das bedeutet, dass Grundrechte wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit garantiert sind und dass sie auch gerichtlich durchgesetzt werden können. Es bedeutet Unabhängigkeit der Justiz. Es bedeutet Freiheit der Medien. Es bedeutet Gewaltenteilung. Das heißt, der Rechtsstaat ist die Voraussetzung dafür, dass eine liberale Demokratie mit unterschiedlichen politischen Strömungen existieren kann, und dass – und das ist vielleicht der wichtigste Punkt – ein Machtwechsel grundsätzlich möglich bleibt. Denn nur in einem freien Land, in dem man sich frei äußern kann, in dem auch die Opposition Möglichkeiten der Äußerung hat und entsprechend durch Gerichte geschützt wird, ist ein demokratischer Machtwechsel möglich. Wir sehen in Staaten, in denen populistische Parteien die Macht gewinnen, dass sie alles tun, um diesen Machtwechsel zu verhindern, zum Beispiel in Ungarn.

**In den USA wurde die Unabhängigkeit der Justiz massiv infrage gestellt durch die**

**Neubesetzungen im obersten Gericht.**

Bei dem Supreme Court in den USA handelt es sich um ein Gericht, das auch verfassungsgerichtliche Funktionen hat. Es ist ein Kennzeichen populistisch gesinnter Politik, ein Verfassungsgericht in die eigene Hand zu bringen, also zu politisieren. Wir sehen das nicht nur in den USA, wo verschiedene Faktoren – etwa die Art der Besetzung, die lebenslange Amtszeit – der Politisierung in die Hände spielen, sondern auch in anderen Staaten der Europäischen Union, etwa in Polen oder in Ungarn. Dort hat man die Verfassungsgerichte personell gefügig gemacht. Man hat durch rechtswidrige Besetzungen Gefolgsleute hineingesetzt, die Amtszeiten verlängert, den Verfassungsgerichten Zuständigkeiten genommen. Man hat sie durch relativ kleine Schritte handlungsunfähig gemacht, um sie als Korrektiv für die eigene Politik auszuschalten. Das ist eine Strategie neben anderen, um den demokratischen

Machtwechsel zu verhindern. Die Alarmglocken müssen läuten, wenn die an der Macht befindliche Regierung versucht, das Verfassungsgericht zu entmachten bzw. im eigenen Sinne zu instrumentalisieren.

**Wir beobachten mehr und mehr einen Vertrauensverlust in die Handlungsmacht des Staates. Sehen Sie die Demokratie unter Druck, und wenn ja, ist damit auch der Rechtsstaat in Gefahr?**

Ich bin nicht dazu geneigt, die Dinge zu dramatisieren, aber wer angesichts der Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl, der letzten Europawahl und den Landtagswahlen leugnet, dass die Demokratie unter Druck ist, der verschließt die Augen vor der Wirklichkeit. Wir haben einen dramatischen Rückgang des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit der demokratischen Mitte. Wir sehen an den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen aus dem letzten Jahr, dass Parteien zusammen regieren müssen, die eigentlich nicht gut zusammenpassen. Das heißt, die immer mehr schrumpfende Mitte muss eine Koalition gegen die extremen Ränder oder Minderheitsregierungen bilden, die um Stabilität ringen. Wenn das nicht gut funktioniert, erregt das wiederum Verdruss beim Wähler, der das mit einer weiteren Radikalisierung bestraft. Wir sind bereits in einer Situation, in der die demokratische Mitte auf das Äußerste gefordert ist, jetzt gerade auch im Bund. Die demokratischen Parteien müssen sich zusammenraufen und Signale in Richtung Bewältigung der Migrationsproblematik, der wirtschaftlichen Problematik etc. senden. Wenn das nicht gelingt, muss ich ganz offen sagen, weiß ich nicht, was 2029 passiert.

**Im Moment beobachten wir das Aufkommen vieler neuer Parteien.**

**Ist das ein Zeichen eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels?**

Ich denke schon, dass der grundlegende gesellschaftliche Wandel vor allem dadurch gekennzeichnet ist, dass die Parteienbindungen der Wähler und Wählerinnen stark zurückgehen. Damit verschwinden im Grunde auch die Volksparteien alten Charakters. Diese Volksparteien, die bis 35, 40 oder sogar mehr Prozent der Stimmen erreicht und viele Strömungen in sich vereint haben, aber Parteien der Mitte waren und deswegen sehr integrativ wirken konnten, sind Vergangenheit. Menschen suchen sich andere Ventile. Das führt zur Gründung kleinerer Parteien, die häufig Spezialinteressen vertreten oder ein großes Thema haben. Diese Zersplitterung der Parteienlandschaft ist ein Problem für die Stabilität eines Regierungssystems wie das deutsche, das eben ein parlamentarisches System ist. Wir sind auf stabile Mehrheiten im Parlament



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

## „Unsere Demokratie ist unter Druck“

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche mit der Richterin des Bundesverfassungsgerichts **Christine Langenfeld**

#### Was ist CONVOCO?

Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das Convoco-

Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:



angewiesen. Die 5-Prozent-Klausel trägt dazu bei, aber sie führt natürlich auch dazu, dass eine Reihe von kleineren Parteien aus dem Parlament herausfallen, was wiederum den Vorwurf an das System kreiert: „Ihr repräsentiert hier gar nicht“. Circa 14 Prozent der Wähler und Wählerinnen sind nach der letzten Bundestagswahl nicht im Parlament repräsentiert. Für die Stabilität des Systems ist die Sperrklausel meines Erachtens unerlässlich, aber es zeigt auch, dass hier Repräsentationslücken empfunden werden können.

**Die Zersplitterung der Parteien, diese Neugründungen könnten auch Ausdruck unserer Zeit sein. Wir beobachten durch die neuen Medien, dass jeder eine Meinung hat und sich auch ausdrücken möchte.**

Jedes politische Engagement ist zunächst einmal etwas Positives. Dass Menschen sich politisch engagieren wollen, ob das nun in der Partei ist oder auch in einer sonst zivilgesellschaftlichen Bürgerinitiative oder ähnlichem, ist sehr positiv. Häufig ist es aber so, dass diese kleineren Parteien Spezialinteressen vertreten. Ich beobachte eine gewisse Entwicklung, dass Wähler und Wählerinnen mit ihrer Wahlentscheidung meinen, etwas bestellen zu können. Ich bestelle mir mit meiner Wahlentscheidung eine bestimmte Politik. Und wenn die Partei, die ich gewählt habe, das nicht liefert, dann bin ich damit unzufrieden, bedenke aber nicht, dass eine Partei natürlich in Koalitionen eintreten und Kompromisse machen muss. Demokratie ist die Kunst des Kompromisses, die Kunst der Zusammenarbeit, die Kunst des Ausgleichs.

**Der Populismus beruft sich auf demokratische Mehrheiten.**

**Wo liegt hier der Widerspruch zur liberalen Demokratie?**

Der Populismus beruft sich darauf, dass er den wahren Willen des Volkes vertritt und dass er alleine legitimiert ist, Politik umzusetzen. Das heißt, der Populismus behandelt andere politische Strömungen nicht als Wettbewerber, sondern als Feinde. Der Populismus ist nicht darauf ausgerichtet, einen politischen Wettbewerb fair miteinander auszutragen. Dort, wo populistische Parteien an die Macht kommen, stellen wir fest, dass sie verschiedene Dinge tun, um dem angeblichen wahren Volkswillen Durchsetzung zu verschaffen, indem die Unabhängigkeit der Justiz angegriffen wird, die Medien in ihrer Freiheit eingeschränkt werden oder das Wahlrecht angepasst wird. Es ist ein beliebtes Instrument bei populistischen Regierungen und politischen Mehrheiten in Parlamenten, die Dinge so auszurichten, dass dieser Wettbewerb, der auch rechtsstaatlich garantiert wird, nicht mehr möglich ist.

**Ich habe das Gefühl, dass die populistischen Parteien das Wort Volkspartei missbrauchen bzw. in einem anderen Sinne gebrauchen.**

So ist es. Man hört von rechter Seite auch: „Volkskanzler“. Das wirklich Besorgniserregende ist, dass dahinter ein Volksbegriff steht, der mit der liberalen Demokratie, mit dem pluralen Rechtsstaat nichts zu tun hat. Es geht um ein homogenes Volk, was man sich vorstellt. Ein Volk, das angeblich nur einen

einzigsten Willen produziert. Es gibt ein Zitat von Habermas, das ungefähr so heißt: „Das Volk des Grundgesetzes pflegt im Plural aufzutreten“. Das wird von den Populisten so nicht anerkannt. Das heißt, es gibt einen Volkswillen, der muss exekutiert werden. Alle anderen, die sich dagegen wenden, sind „Volksverräter“, deswegen auch diese Begrifflichkeiten. Hinzu kommt auf der Seite der Rechtsextremen die Vorstellung der ethnischen Homogenität des Volkes, die auch dazu führt, dass man gegenüber Ausländern eine Politik betreiben möchte, die diese Menschen ausgrenzt. Das hat mit der gleichen Menschenwürde aller nichts mehr zu tun.

**Was halten Sie von Volksentscheiden?**

Ich persönlich bin kein besonderer Freund von Volksentscheiden. Ich möchte mir in dem Zusammenhang auch nicht das Schweizer Vorbild vorhalten lassen. Die Schweiz ist ein

Land, in dem die Bevölkerung seit jeher an Volksentscheide gewöhnt ist. Das ist in der Bundesrepublik Deutschland ganz anders. Volksentscheide haben einen entscheidenden Nachteil. Sie ermöglichen nur die Antwort Ja oder Nein. Sie ermöglichen nicht die komplexe oder überhaupt nur ansatzweise der Sache gerecht werdende Debatte. Deswegen habe ich die Sorge, dass Volksentscheide dazu führen, dass diejenigen, die die Dinge besonders stark vereinfachen, das auch mit großer Skrupellosigkeit tun und die entsprechenden finanziellen Mittel für einen Wahlkampf haben, sich hinterher durchsetzen. Ich gebe zu, dass wir darüber nachdenken müssen, wie wir dem Gefühl der Menschen entgegenzutreten, sie könnten nichts bewirken. Daher kann man in der Tat überlegen,

ob man zumindest auf der kommunalen Ebene mehr unmittelbare Bürgerbeteiligung versucht, aber auf der Bundesebene habe ich große Skepsis.

**Beobachten wir im Moment einen Erosionsprozess?**

Ich würde schon sagen, dass wir das beobachten. Rechtsstaat und Demokratie werden nicht durch eine Revolution beseitigt, sondern das passiert in kleinen Schritten. Extrem wachsam müssen die Bürger und Bürgerinnen sein und solche Entwicklungen beobachten.

**Was empfehlen Sie der Politik?**

Ich denke, dass die Politik jetzt genau hören muss, was die Menschen wirklich bewegt. Den Parteien der Mitte muss es gelingen, die Probleme anzupacken, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Sie muss aber natürlich gleichzeitig deutlich machen, dass sie nicht von heute auf morgen alles lösen kann. Der zweite Aspekt ist die Wirtschaft. Wir steuern auf drei Millionen Arbeitslose zu, jeden Tag verlieren wir Arbeitsplätze. Jetzt müssen Rezepte gefunden werden, dem entgegenzutreten und den Menschen den Eindruck zu vermitteln, dass der demokratische Rechtsstaat handlungsfähig ist. Die Wiederherstellung des Vertrauens in den demokratischen Rechtsstaat ist die Aufgabe, vor der die Regierung steht. ■



#### Rechtsexpertin

Sie hat zum Thema „Die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Europäischen Gemeinschaftsrecht“ promoviert, in ihrer Habilitation beschäftigte Christine Langenfeld sich mit der Integration zugewanderter Minderheiten. Sie ist Professorin und im Vorstand am Institut für Öffentliches Recht der Georg-August-Universität in Göttingen und seit 2016 Richterin am Bundesverfassungsgericht